




DIE LINKE.

 Europäische LINKE

Im Gespräch

Oktober 2007

Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin

Auf ein Wort... von Thomas Nord



Wir waren in den letzten 17 Jahren eine sehr erfolgreiche Partei und konnten als PDS viel erreichen. Gemeinsam können wir als DIE LINKE noch mehr.

Neu ist: Wir vertreten Positionen, die die Mehrheit der Bevölkerung teilt. Das ist das Gegenteil dessen, was wir in der Gründungszeit der PDS und noch vor Kurzem erlebt haben.

Neu ist, dass die anderen Parteien an diesen Positionen nicht mehr vorbei kommen und anfangen, sie zu übernehmen. Die gesellschaftliche Debatte verschiebt sich nach links.

Wir sind eine gesamtdeutsche Partei, die auch eine bundespolitische Machtperspektive entwickelt. [...]

Vernünftig bezahlte Arbeit, sichere Renten und soziale Gerechtigkeit will die Bevölkerung. Mit überwältigender Mehrheit, wie alle Umfragen zeigen. Die SPD-Führung will das offenbar nicht. Die Folgen dieser Politik sind nicht zu übersehen. Selbst jetzt, in dem von CDU und SPD gefeierten Aufschwung, geht die Umverteilung von oben nach unten weiter.

Die jetzige Bundesregierung [...] setzt die Politik der Rot-Grünen Bundesregierung [...] fort. Der anhaltende Sozial- und Demokratieabbau durch CDU und SPD erfordert das weitere Wachsen einer demokratischen Gegenkraft, um der immer größeren gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich entgegenzutreten. Wir ha-

ben die Aufgabe, der ständig wachsenden Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie und dem parteipolitischen Einheitsbrei der vorherigen und der jetzigen Regierungskonstellation eine positive Perspektive und Alternative entgegenzusetzen und so auch dem gefährlichen Akzeptanzgewinn rechtsextremistischer und neofaschistischer Anschauungen durch demokratisch-sozialistische Politikangebote [...] entgegenzuwirken.

Wenn heute die SPD die Rente mit 67, steigende Krankheitskosten und Hartz IV als große Erfolge feiert und behauptet, das sind alternativlose Sachzwänge, dann sagen wir, das sind Irrwege.

Wir brauchen einen neuen sozialen und ökologischen Aufbruch in unserem Land. Konkret heißt das: Überwindung von Hartz IV, längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, höheres Rentenniveau, mehr öffentlich finanzierte Beschäftigung, Rücknahme vermehrter Zuzahlungen, Bildungsoffensive und ökologischer Umbau des Energiesystems. Ohne ein renoviertes Steuer- und Abgabensystem sind diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen. Auch auf der Landesebene ist unser Neubildungsprozess mit dem Gründungsparteitag noch nicht beendet. [...] Das gilt besonders für die programmatische Diskussion, mit der die politische Tätigkeit nun weiter unterfüttert werden muss. Diese Debatte kann und wird jetzt in den Vordergrund treten. [...]

Wenn wir nicht alles falsch machen, werden wir zukünftig unsere Präsenz in der bundesdeutschen Parteienlandschaft weiter erhöhen und berechtigter Weise bei der nächsten Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis anstreben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass wir in den anderen Parteien als eine ernsthafte Konkurrenz gesehen werden und in den nächsten Jahren bis zur Bundestagswahl 2009 und

darüber hinaus scharf attackiert werden. Daraus resultiert für uns die bleibende Notwendigkeit hoher Geschlossenheit.

Wir können davon ausgehen, dass die Unterschiede in den politischen Verständnissen von Ost- und Westlinken zur Spaltung genutzt werden sollen. [...]

Die wichtigste Stütze unserer Politik ist die Hoffnung der Menschen. Dort, wo sich Resignation, Gleichgültigkeit oder auch kleinteiliger Zwist verbreiten, geht die Bereitschaft zum demokratischen Engagement zurück. [...]

Eine bessere Politik ist möglich. Brandenburg kann mehr als Platzack und Speer wollen. Brandenburg kann sozialer sein, als es die SPD erlaubt. Brandenburg kann erfolgreicher sein, als es die Koalition aus SPD und CDU zulässt. [...]

Wir sind bereit, über jede politische Sachfrage mit der brandenburgischen SPD zu reden. Grundlage sind für uns die Interessen Brandenburgs und unser Wahlprogramm. Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass sie diese Bedingungen nicht akzeptiert.

Wer glaubt, uns für eine Handvoll Posten dazu bringen zu können wegzusehen, wegzuhören, nicht mehr die Probleme beim Namen zu nennen, nicht mehr für unsere Alternativen zu kämpfen, der irrt und zwar gewaltig. [...]

Konstruktive Opposition, wo es möglich ist, außerparlamentarischer Druck dort, wo es nötig ist.

Kämpferisch und gradlinig, mit Realismus und Augenmaß. Dann ist mir um unseren Erfolg nicht bange!

Auszüge aus der Rede von Thomas Nord auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE, Brandenburg 08.09.2007

Aus dem Ortsvorstand

von Peter Fischer

Trotz der Urlaubszeit wurden durch die Mitglieder des Ortsvorstandes zahlreiche Aktivitäten eingeleitet. Der Schwerpunkt lag auf der Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 31.08.07, wo es um die Einschätzung der politischen Lage in der Kommune und den Auftakt des Wahlmarathons in den kommenden Jahren ging. Im Vorfeld wurden zahlreiche persönliche Gespräche mit Genossen geführt, um sie zu einer Kandidatur als Delegierte für den Kreisparteitag am 27.10.07 zu bewegen. Die Neuenhagener Basisorganisation werden die GenossInnen Ursula Benedikt, Dr. Arno Gassmann, Uwe Meiß, Brigitte Militz, Helga Pietschmann, Uwe Pruskil, Hartmut Stoll, Horst Weske und Hartwig Wolff vertreten. Beim Gründungsparteitag der LINKEN auf Kreisebene werden ebenfalls Delegierte für weitere Parteigremien gewählt.

Unsere Kandidaten sind für den Kreisvorstand Hartmut Stoll, für den Landesparteitag Corinna Gassmann und Sven Kindervater und für den Bundesparteitag Sascha Trutt. Wir wünschen ihnen eine erfolgreiche Kandidatur!

Am 1. September fand zum 17. Mal das Friedensfest in Strausberg statt. Im solidarischen Handeln wurden die Strausberger Genossen durch Daniela Stoll, Sven Kindervater, Sascha Trutt und Peter Fischer in der Organisation unterstützt.

In Vorbereitung auf das Neuenhagener Oktoberfest wurde unser Stand inhaltlich neu gestaltet: Im Gespräch mit den ortsansässigen Künstlern, den Herren Kastner und Skrowonek, wurden Originalbilder zur Antikriegsbewegung ausgestellt. Damit konnte die Unterschriftenaktion „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ aktiv unterstützt werden. Für die Vorbereitung und Umsetzung dieser Idee gilt besonderer Dank den Genossen Harry

Schneider, Rudolph Pietschmann und Hartwig Wolff. Unsere Abgeordneten waren aktiv am Stand vertreten.

Am 12.09.07 fand die Beratung des Ortsvorstandes statt, in der die Kreisvorstandssitzung und der Gründungsparteitag der LINKEN auf Landesebene (Delegierte und Teilnehmer waren Helga Pietschmann, Sven Kindervater und Werner Förster) ausgewertet wurden. Die Gründung der AG Wahlen konnte konstatiert werden. Eine erste überregionale Beratung zu diesem Thema fand am 25.09.07 statt.

Um die Breitenwirkung der politischen Fortbildung weiter zu erhöhen, wurden in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die „Neuenhagener Gespräche“ ins Leben gerufen. Jedes Jahr werden vier bis fünf Veranstaltungen stattfinden, zu denen wir gerne die GenossInnen, SympathisantInnen und Interessierte einladen möchten.

Hymnen und Klartext

von Prof. Dr. Hans-Joachim Braun

In deutschen Parteien herrscht heute ausgesprochene Programmierfreude, die am größten bei der CDU ist. Nicht nur für die Gesamtpartei, auch für Landesverbände werden solche Papiere verfasst. Brandenburg ist mit einem Entwurf dabei, der es immerhin auf 65 DIN A4-Seiten bringt.

Manchmal geht diese Ausarbeitung sehr ins Detail, z. B.: „Durch die freiwillige Einführung von Schulkleidung kann soziale Ausgrenzung verhindert und die Identifikation mit der eigenen Schule gestärkt werden.“ Das ist zwar eine Einzelheit, aber eine viel diskutierte. Vielleicht kann unter bestimmten Bedingungen eine solche „Kleiderordnung“ ja auch tatsächlich Nutzen bringen...

Auch „große Fragen“ werden berührt, von denen ich hier nur auf eine eingehen.

Unsere Gesellschaft, so meinen die Autoren mit Recht, müsse es lernen, demographisch zu denken. Bis zum Jahre 2050 würde die Bevölkerung Brandenburgs von jetzt 2,58 Millionen auf 1,81 Millionen bei wachsendem Anteil der Alten zurück gehen.

Ältere Menschen wären heute aber vielfach gesünder und leistungsfähiger als früher. Daraus und aus dem

trivialen Zusammenhang, dass in jeder Gesellschaft die noch nicht oder nicht mehr arbeitenden Menschen von den Arbeitsfähigen versorgt werden müssen, werden Schlüsse gezogen, die schön klingen, aber unbegründet sind: „Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kann unsere Gesellschaft auf das Können und den Erfahrungsschatz der älteren Generation nicht verzichten.“ Dem Alter wird also gehöriger Respekt gezollt und eine notwendige Solidarität der Generationen angedeutet. Geht man von der heutigen sozialen und ökonomischen Realität aus, dann ergibt sich jedoch etwa folgender Klartext: Da ein Berufstätiger heute für viel mehr Rentner aufkommen muss als in der Vergangenheit, wäre es doch nur gerecht, wenn die Senioren ein paar Jahre länger arbeiteten. Wenn sie das nicht wollen (oder nicht dürfen!), könnten sie auch auf einen Teil der Rente verzichten. – Böswillige Unterstellung? Jeder weiß doch, dass die Dinge praktisch längst in diese Richtung laufen!

Die demographisch begründete Forderung hätte Argumente für sich, wenn die Arbeitsproduktivität nicht gestiegen, sondern konstant geblieben wäre. Wer jedoch heute arbeitet, der produziert in Deutschland in den

meisten Fällen erheblich mehr, sehr oft das **Mehrfache** als noch vor einigen Jahrzehnten. Das ist nicht nur in der Industrie so, sondern z. B. auch in der Landwirtschaft. Das Produkt reicht für alle Beschäftigten, Kinder, Rentner und andere, es muss **zwischen den Generationen** nicht neu verteilt werden.

Darauf läuft die Forderung nach Verlängerung der Lebensarbeitszeit aber faktisch hinaus. Die heutigen Schwierigkeiten resultieren nicht aus Mangel an Produkt, sondern aus dessen kapitalistischer Verteilung. – Man kann natürlich von der CDU nicht erwarten, dass sie solch vertrackte Dinge wie die Produktion und Aneignung des Mehrwerts erörtert. Sicher ist aber wohl auch, dass sich die Diskussion solcher Fragen in nächster Zeit verschärfen wird. Man wird alle schön klingenden Vorschläge unerbittlich in Klartext übersetzen. Die verbale Verbindung bestimmter Grundsätze der Aufklärung, der katholischen Soziallehre u. a. mit den harten Forderungen des Neoliberalismus, die im vorliegenden Dokument auch noch an anderen Stellen versucht wird, aber nirgendwo recht gelingt, dürfte schwerer werden. – Was wird die Politik daraus machen?

Was „verteidigt“ die Bundeswehr am Hindukusch?

von Erhard Dechnik

Was „verteidigt die Bundeswehr am Hindukusch? Auf keinen Fall die Sicherheit Deutschlands!

Der in Afghanistan unter Bush geführte völkerrechtswidrige Krieg dient vielmehr strategischen Zielen: der Ausweitung der Einflussphären der USA und ihrer Verbündeten sowie der Sicherung von Rohstoffen. Eingordnet in diese Strategie verfolgen die Herrschenden in Deutschland eigene imperiale politische und ökonomische Ziele. Zu diesem Zwecke ist die Bundeswehr bereits mit rund 10.000 Soldaten auf drei Kontinenten stationiert.

Alle Kommandos werden unter der Flagge des Kampfes gegen der Terrorismus abgewickelt! In Deutschland erfolgt eine zunehmende Auseinandersetzung über die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze in Afghanistan. Laut jüngster Umfrageergebnisse sind 64 % der Bundesbürger für einen Truppenabzug. Bei Bündnis90/Die Grünen hat ein Sonderparteitag diese Position bestätigt. Mit Schützenhilfe von CDU/CSU soll der Parteiführung der SPD auf ihrem Parteitag nicht das gleich Debakel, wie der grünen Führungsriege, widerfahren. Mit der Demonstration am 15.09.07 in Berlin hat sich ein breites Bündnis für den Truppenabzug formiert, welches eine entsprechende bundesweite Kampagne durchführt. Die Debatte über die Gefährlichkeit des Krieges in Afghanistan wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Niederlanden, Italien und Kanada verstärkt geführt.

Trotz wachsenden Widerstandes ist zu befürchten, dass eine Mehrheit im Bundestag sich gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen für eine Verlängerung des Mandates entscheidet. Damit gibt der Deutsche Bundestag kein positives Beispiel für die USA und die übrigen Alliierten. Im Gegenteil:

- der Krieg wird um Jahre verlängert. Er fordert weitere Todesopfer unter der Zivilbevölkerung, verstärkt ihr Not und das Elend. Sämtliche elementaren menschlichen Bedürfnisse werden noch unzureichender befriedigt;

- der internationale Terrorismus wird weiter erstarken, Europa, einschließlich Deutschland, noch stärkerer Bedrohung ausgesetzt. Die Zahl und Qualität der Anschläge auf Angehörige der Bundeswehr sowie Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Afghanistan wird sich steigern;

- die Vorstellung, Demokratie und Menschenrechte mit Hilfe eines Krieges zu exportieren, erweist sich bereits jetzt als absurd und brandgefährlich. In Zukunft wird sie geradezu als selbstmörderische Grotteske entpuppen. Die Geschichte lehrt: Krieg löst kein Problem, er ist das Problem! Nicht der Abzug der ausländischen Truppen schafft das Chaos. Es existiert bereits und wird weiter

zunehmen!

DIE LINKE fordert deshalb, auch im Bundestag:



- den Rückzug aller deutschen Soldaten aus Afghanistan, um so den Weg für eine Friedensstrategie freizumachen und die Fremdbestimmung des Schicksals des afghanischen Volkes zu beenden,

- den zivilen Wiederaufbau in den Mittelpunkt der internationalen Hilfe zu stellen,













- das die Mandatsträger der anderen Parteien im Bundestag keiner Mandatsverlängerung für den Bundeswehreinsatz zustimmen.

Damit erweist sich erneut, dass DIE LINKE die Partei des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ist.

„Die Bundeswehr ist heute weltweit im Einsatz“ (Bundeswehr-Weißbuch)

Auslandseinsätze	Entsandte	jährl. Kosten	Zivile Alternative
 Anfang 2007 in 10 Ländern und Gebieten	7.800 SoldatInnen	1,4 Milliarden €	25.000 Krankenschwestern + 20.000 Altenpfleger 

Waffen für den globalen Einsatz ... Waffen, die schon im Frieden zerstören ...

Waffenprogramme ¹⁾	Bundeswehr Bestellig./Plang.	Kosten ²⁾	Zivile Alternativen ³⁾
 Eurofighter ab 2003	Stck. 180 à 128 Mio (incl. Waffen)	23,0 Mrd €	 1840 Berufsbildungszentren à 500 Azubis (je 12,5 Mio Baukosten)
 Kampfhubschrauber Tiger ab 2005	Stck. 80 à 66 Mio (incl. Waffen)	5,3 Mrd €	 828 Pflegeheime à 60 Plätze (je 6,4 Mio Baukosten)
 Transporthubschrauber NH/MH ab 2006	Stck. 164 à 42 Mio	6,8 Mrd €	 1744 Grundschulen à 200 Schüler (je 3,9 Mio Baukosten)
 Militär-Airbus A400 M ab 2010	Stck. 60 à 153 Mio	9,2 Mrd €	 6571 Kindergärten à 4 Gruppen (je 1,4 Mio Baukosten)
 Schützenpanzer Puma ab 2007	Stck. 410 à 9,5 Mio	3,9 Mrd €	 557 Wohnheime à 100 Plätze (je 7,0 Mio Baukosten)
 Fregatte F 125 ab 2014	Stck. 4 à 650 Mio	2,6 Mrd €	 520 Sport-/Mehrzweckhallen à 2 Felder (je 5,0 Mio Baukosten)

1) Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2008 (Generalinspekteur Schneiderhahn März 2007)

2) Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige F+E und Erprobung

3) Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren) – (nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2007 deutscher Architektenkammer)

STRABBURG UND EUROPAPARLAMENT

von Dr. Erich Siek

Auf Einladung des Abgeordneten des Europaparlaments Helmut Markov reiste eine Gruppe von Genossen, Genossinnen und Sympathisanten aus Frankfurt/O. und Neuenhagen vom 2. - 5.9.07 zu einem Informationsbesuch im Europaparlament in Straßburg. Auf dem Programm standen die Besichtigung des Parlaments, ein Gespräch mit der Abgeordneten der Fraktion „Vereinigte Linke/Nordische Grüne Linke“ Gaby Zimmer und die Teilnahme an einer Plenartagung des Parlaments auf der Besucherempore. Als Rahmenprogramm gab es eine Stadtrundfahrt und einen Rundgang durch die prachtvolle Altstadt Straßburgs, eine Fahrt über die Elsässer Weinstraße in die idyllische Elsassstadt Colmar und schließlich eine Weinverkostung bei einer badischen Winzergenossenschaft. Alles in allem eine rundum gelungene Fahrt mit Höhepunkten für Geist und Körper.

Höhepunkt des Besuches war die Besichtigung der gewaltigen Beton- und Glaspaläste der EU besonders das Europaparlaments mit dem riesigen runden Plenarsaal für über 580 Abgeordnete darunter auch 47 Mitglieder der Fraktion der Vereinigten Linken.

Wir hatten ein sehr informatives Gespräch mit Gaby Zimmer über Grundlagen und Arbeitsweise der linken Fraktion sowie über Zielsetzung und Notwendigkeit einer



europäisch orientierten Politik der Linken in Deutschland. Realistisch und zielklar gab Gaby Zimmer eine Analyse der schwierigen Arbeit der sehr unterschiedlich besetzten Fraktion und zog Schlussfolgerungen für notwendige Veränderungen. Wir haben bei dem Gespräch viel gelernt: So wurden wir auf die Vielfältigkeit der Organisationsformen einer Repräsentativdemokratie hingewiesen und auf das komplizierte Zusammenspiel der drei politischen Euro-Institutionen Parlament, Rat und Kommission. Dabei hat das Parlament nicht die gleichen, uns vertrauten gesetzgebenden politischen Befugnisse sondern nur bestimmte Mitentscheidungsrechte. Abschließend erfolgte die einstündige Teilnahme an einer Plenarsitzung des Parlaments zur europäischen Unterstützung Griechenlands bezüglich der verheerenden Waldbrände. Hier hatten die Redner ohne Diskussion zwei bis vier Minuten Redezeit.

Bei aller Vielfalt der Eindrücke und Erkenntnisse unseres Besu-

ches wurde uns aber - vor allem durch die kluge Gesprächsführung von Gaby Zimmer - deutlich, dass es auch für die LINKE in Deutschland keinen Weg an Europa vorbei gibt und ein „Europabewusstsein“ vieler Bürger erreicht werden muss. Das erfordert ständige Auseinandersetzung und die Verwirklichung linker Politik, besonders in den Kommunen und Regionen unseres Landes. Auf diesem Wege kann die linke Fraktion im Europaparlament in den kommenden Europawahlen gestärkt und ihr Einfluss auf die europäische Politik verstärkt werden. Es darf keinen Gegenüberstellung von Europapolitik und Kommunalpolitik geben. Aber es ist noch ein weiter Weg, beides dauerhaft miteinander zu verbinden, sowohl in Neuenhagen als auch im weit entfernten Straßburg.

Aus dem satirischen Dichtergarten

Marie von Ebner-Eschenbach

Aphorismus

*Die Katzen halten keinen für gebildet,
der nicht miauen kann.*

GRÜNDUNGSDOKUMENTE DER PARTEI DIE LINKE. LANDESVERBAND BRANDENBURG BESCHLOSSEN

von Helga Pietschmann

Gemäß der Vereinbarung zwischen der Linkspartei.PDS und der WASG der Landesverbände Brandenburg vom Februar 2007 wurden dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. Brandenburg die gemeinsam erarbeiteten Gründungsdokumente, nämlich die Landessatzung und die Landesfinanzordnung zur Beschlussfassung vorgelegt. Beide Dokumente wurden bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Was ist das wesentlich Neue in der Satzung?

Im Abschnitt 2. „Die Basis der Partei“:

- Mitgliedschaft ab 14. Lebensjahr möglich; Eintrittserklärung von neuen Mitgliedern gegenüber den Kreis- bzw. dem Landesvorstand
- Anstelle der bisherigen Mitwirkung von Sympathisanten sind Gastmitglieder möglich, denen festgelegte Rechte eingeräumt werden.
- Die Rechte und Pflichten von Mandatsträgern der Partei sind präzise festgelegt, u. a. ist ein Mandats-

trägerbeitrag (Sonderbeitrag für erhaltene Zuwendungen) zur Pflicht erhoben, vorher war er freiwillig.

- Anerkannte landesweite Zusammenschlüsse innerhalb der Partei sind im Einzelnen benannt, sie sind aktiv in die Arbeit der Gremien auf allen Ebenen einzubeziehen.
- Die Rechte der Frauen in der Partei werden im § 10 „Geschlechterdemokratie“ gesondert geregelt. In allen Gremien des Landesverbandes sind getrennte Rednerlisten aufzustellen, Frauen und Männer sprechen abwechselnd; Regelungen für die Durchführung und Rechte von Frauenplenen in allen Versammlungen und Gremien; bei Wahlen sind grundsätzlich mindestens die Hälfte Frauen zu wählen, ggf. bleiben die Mandate bis zu evtl. Nachwahlen unbesetzt.
- Es kann ein Jugendverband als Jugendorganisation der Partei anerkannt werden. Auf dem Gründungsparteitag wurde auf Antrag die Linksjugend [solid] Brandenburg als Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. Brandenburg einstimmig bestätigt.

Im Abschnitt 4. „ Organe des Landesverbandes“ kommt neben dem

Landesparteitag und dem Landesvorstand dem **Landesausschuss** eine größere Bedeutung zu, so zu sagen wie einem „kleinen Parteitag“. Ihm gehören 30 gewählte Vertreter der Kreisverbände und weitere 8 von den landesweiten Zusammenschlüssen, dem Landesvorstand und dem Jugendverband an. Der Kreisverband MOL kann 3 Mandate besetzen.

Neu ist die Bildung eines **Landesfinanzrates**, der sich aus dem Landesschatzmeister und den Kreisschatzmeistern zusammensetzt und alle grundsätzlichen Fragen der Finanzarbeit des Landesverbandes vorbereitet.

Eine **Schiedskommission** gibt es nur noch auf Landesebene. Für die Kreisverbände können Schlichtungskommissionen gebildet werden.

Mit der neuen **Landesfinanzordnung** wurde eine neue Beitragstabelle beschlossen. Die monatlichen Mindestbeiträge wurden stärker zusammengefasst und übersichtlicher gestaltet. Unterhaltsverpflichtungen können mindernd berücksichtigt werden. Die Tabelle wird zur nächsten Mitgliederversammlung ausgelegt, so dass jeder seine Beitragspflicht überprüfen kann.

1. Neuenhagener Gespräch am 26.09.2007

Anita Tack (MdL) referierte zur geplanten Privatisierung der Deutschen Bahn

Zum ersten Mal fand am 26.09.2007 eine Veranstaltung der „Neuenhagener Gespräche“ statt. Die neu konzipierte Reihe widmet sich verstärkt aktuellen Themen des politischen Zeitgeschehens. Als dauerhafte Kooperationspartnerin konnte die Rosa-Luxemburg-Stiftung gewonnen werden.

Im Haus der Senioren legte die verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Anita Tack kompetent und anschaulich die Risiken der geplanten Privatisierung der Deutschen Bahn für die kommunale Daseinsvorsorge dar. Ihre Ausführungen gaben den Impuls zu einer lebhaft geführten, konstruktiven Auseinandersetzung. Neben Parteimitgliedern und Sympathisanten lockte die akute Problematik auch eine erfreuliche Zahl interessierter Bürger an. Der Abend wurde unaufdringlich und souverän vom Genossen Hartmut Stoll moderiert.

Eine ausführliche Analyse der Ergebnisse des informativen Forums wird in der November-Ausgabe von „**Im Gespräch**“ nachgereicht.





Termine im Oktober 2007

- 03.10.07, 10.30 Uhr** Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit; Goetheschule
- 05.10.07, 20.00 Uhr** Kino unter'm Dach: „Die Reise des jungen Che“; ARCHE
- 11.10.07, 19.00 Uhr** Innerhalb ihrer Reihe OFFEN GESAGT lädt die Landtagsabgeordnete Renate Adolph (DIE LINKE) herzlich zur Diskussion ein: **Kinder in unserer Gesellschaft - Auf den Anfang kommt es an. Für ein Bündnis der Generationen**; Hoppegarten / OT Hönnow, Siedlerheim, Thälmannstraße 21
- 11.10.07, 19.00 Uhr** **Dr. Uwe Klett, Kandidat** für die **Bürgermeisterwahl** in Fredersdorf-Vogelsdorf, **lädt zum Gespräch**. Mit dabei: Klaus Feldmann, Journalist, und die Liedermacher Kokott und Viehweg; *Begegnungsstätte Fredersdorf-Vogelsdorf, Waldstraße*
- 17.10.07, 14.00 Uhr** **Vortrag: „Wohnformen im Alter“**; *Haus der Senioren*
- 17.10.07, 14.30 Uhr** **Seniorenakademie:** Schutz von Eigentum und Wohnung; *Rathaus, Parkettsaal*
- 17.10.07, 15.00 Uhr** Kunstfabrik (Bedrucken von Textilien mit Logo); *Jugendclub „Blaupause“, Dorfstraße 8-10*
- 17.10.07, 18.00 Uhr** Rosis Bücherecke und das Haus der Senioren präsentieren in einem multimedialen Vortrag: **Sanssouci in Bad Kudowa - Begegnungen in Niederschlesien. Bilder zwischen einst und jetzt**; *Haus der Senioren*
- 18.10.07, 18.00 Uhr** **Fraktionssitzung „DIE LINKE“**; ARCHE
- 25.10.07, 19.00 Uhr** **Multimediale Führung durchs Fallada-Museum** Carwitz mit dem Leiter des Museums Stefan Knüppel; *Gemeindebibliothek, Hauptstraße 2-4*
- 26.10.07, 15.00 Uhr** **Klassik bei Kerzenschein**; *Haus der Senioren*
- 26.10.07, 18.00 Uhr** **Dia-Vortrag: Ost-Malaysia**; ARCHE
- 29.10.07, 18.30 Uhr** **Ortsvorstandssitzung**; ARCHE

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an: Dr. Arno Gassmann, Niederheidenstraße 26, 15366 Neuenhagen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung Sinn während zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck des „Informationsblattes“ wird durch Spenden finanziert.

*Wir gratulieren
herzlich zum
Geburtstag im
Oktober 2007*

*Erna Barsties
Dieter Benedikt
Sybille Specht
Jürgen Rübiger
Dr. Bernd Raum
Joachim Sandhoff
Heinz Scharf
Dr. Erich Siek
Hans Thies*

Im Gespräch

kann auch unter

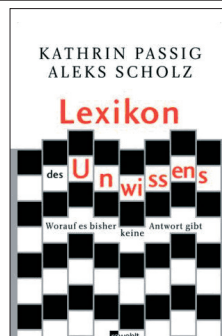
<http://www.linke-neuenhagen.de/info.htm>
als PDF-Datei herunter geladen werden!

Buchempfehlungen vom Buchhaus Büniger

**„Lexikon des Unwissens. Worauf es bisher keine Antwort gibt“
Kathrin Passig, Aleks Scholz**

Kathrin Passig und Aleks Scholz, beide Mitarbeiter der Zentralen Intelligenz-Agentur und Betreiber der Webseite www.riesenmaschine.de, haben sich 42 Probleme vorgenommen, an deren Lösung sich selbst Wissenschaftler seit Jahren wenn nicht sogar Jahrhunderten die Zähne ausbeißen.

So streitet man sich in den Think Tanks noch immer, welchen Wert das Gähnen für die sich solcherart verrenkenden Säugetiere und den Menschen hat, diskutiert über den Sinn des Schlafs, über die Identität des Sterns von Bethlehem, über Trinkgeld und P/NP-Probleme...



**„Die Brockenlegende“
Thomas Wieke**

Der Schweizer Gelehrte Tobias Bitterli wird von einer Meldung der Boulevardpresse aufgeschreckt, deren Wahrheitsgehalt er untersuchen will. Während die Enthüllung der Brockenlegende voranschreitet, legt er eine untergehende Denkkultur frei. Sie tritt ans Licht, weil eine Intellektuellenstruktur durch eine andere abgelöst wird, wie es in der so genannten Wende in Deutschland 1989/1990 geschehen ist.

Merkwürdige Geschichten und Schicksale, die er erfährt, lassen ihn daran zweifeln, daß das neue Jahrhundert – als proklamiertes Ende des ideologischen Zeitalters – die Objektivität in Wissenschaft und Geschichtsbetrachtung neu und dauerhaft befestigen kann.

Auf eindrucksvolle Weise kreuzen sich die Wege erfundener Personen und zeitgenössischer Persönlichkeiten und entwerfen das Panorama einer Umbruchszeit. Mittenzwei bedient sich eines neuen Genres, um seinen Lesern erzählerisch einen kritischen Mentalitätsspiegel vorzuhalten.

